




Franciscans International
A voice at the United Nations



Franciscans International
Jahresbericht 2018

Impressum

Franciscans International: 37-39 rue de Vermont, P.O. Box 104, CH-1211 Genf 20, Schweiz,
T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@fiop.org

Design:  **meinhardt** Verlag und Agentur, Magdeburgstraße 11, 65510 Idstein, Deutschland,
T +49 61 26 9 53 63-0, F +49 61 26 9 53 63-11, info@meinhardt.info

Titelbild: © Brad Busenius: Frau in Guatemala

Druck: Uhl-Media



+ Ökodruckfarben
+ 100% Recyclingpapier
+ 100% Ökostrom
+ je Druckauftrag wird ein Baum gepflanzt
+ klimaneutral & emissionsarm gedruckt

Franciscans International Jahresbericht 2018

Einführung	
Schreiben des Vorsitzenden	4
Schreiben des Geschäftsführers	5
Franciscans International in Zahlen	6
Über Franciscans International	7
Globales Engagement	9
Regionale Programme	
Afrika-Programm	13
Amerika-Programm	17
Asien-Pazifik-Programm	21
Finanzbericht 2018	24
Helfen Sie Menschenrechte zu schützen	25
Dank an die Spenderinnen und Spender	25
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	26
Internationaler Vorstand	26



/ Schreiben des Vorsitzenden /

Als Vorsitzender des Internationalen Vorstandes von Franciscans International (FI) freue ich mich, Ihnen den Jahresbericht 2018 vorzulegen. Dieser Bericht bietet einen Überblick über die wichtigsten Aktivitäten unserer Organisation. Er zeigt, wie die Franziskanische Familie in einem internationalen Kontext, in dem die Achtung der Würde des Menschen und unsere gemeinsame Heimat Erde zunehmend unter Druck geraten, einen positiven und spürbaren Beitrag leisten konnte.

Gemäß dem Strategieplan 2017–2020 hat FI die Synergien zwischen seinen Büros in Genf und New York weiter gestärkt. Im Jahr 2018 nahmen auch ein neuer Programmkoordinator für Amerika und ein neuer Referent für Öffentlichkeitsarbeit ihre Arbeit bei FI auf. Ich habe vollstes Vertrauen, dass unser junges und dynamisches Team bereit ist für die aktuellen und künftigen Herausforderungen.

Am 10. Dezember 2018 – dem Internationalen Tag der Menschenrechte – haben wir eine Kampagne gestartet, um unsere Präsenz bei den Vereinten Nationen zu feiern: Seit dreißig Jahren hat nun die Franziskanische Familie eine Stimme bei den Vereinten Nationen. Im Laufe des Jahres 2019 werden wir im Rahmen des Outreach-Programms von unseren Errungenschaften der letzten 30 Jahre berichten und auf die vielen Herausforderungen aufmerksam machen, mit denen unsere Brüder und Schwestern in allen Teilen der Welt nach wie vor konfrontiert sind. Ich freue mich darauf, Sie zu einer Reihe von feierlichen Veranstaltungen zu begrüßen, bei denen wir Franziskaner uns mit unseren Partnern und anderen Menschen guten Willens treffen, miteinander in Kontakt treten und Erfahrungen austauschen können.

Im Namen des Internationalen Vorstandes und der Konferenz der Franziskanischen Familie möchte ich allen danken, die unsere Arbeit weiter unterstützen. Ich denke dabei besonders an die franziskanischen Orden und Kongregationen sowie an die Einzelpersonen, die großzügige Spenden geleistet haben, sowie an die Hilfswerke und Stiftungen, die die Arbeit von FI ermöglichen. Ich möchte auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Leitungsteam für ihren Einsatz, ihre Hingabe und ihre harte Arbeit danken.

Möge Gott weiterhin unsere gemeinsame Aufgabe segnen!

Joseph Rozansky OFM
Vorsitzender des Internationalen Vorstandes

/ Schreiben des Geschäftsführers /



Im Laufe des gesamten Jahres 2018 haben wir miterleben müssen, wie die Achtung für die von FI vertretenen Werte weiter abgenommen hat – sei es durch Intoleranz gegenüber Migranten und Flüchtlingen, die ein Entkommen vor Gewalt und extremer Armut suchen, sei es durch fortgesetzte Missachtung unserer Umwelt im Angesicht der Klimakrise. Heutzutage ist es mehr denn je dringend notwendig, sich mit Nachdruck für den Schutz der Menschenwürde und für Umweltgerechtigkeit einzusetzen. Dies tun wir jedoch in einem Kontext, der zunehmend feindseliger gegenüber der Zivilgesellschaft und der internationalen Zusammenarbeit wird.

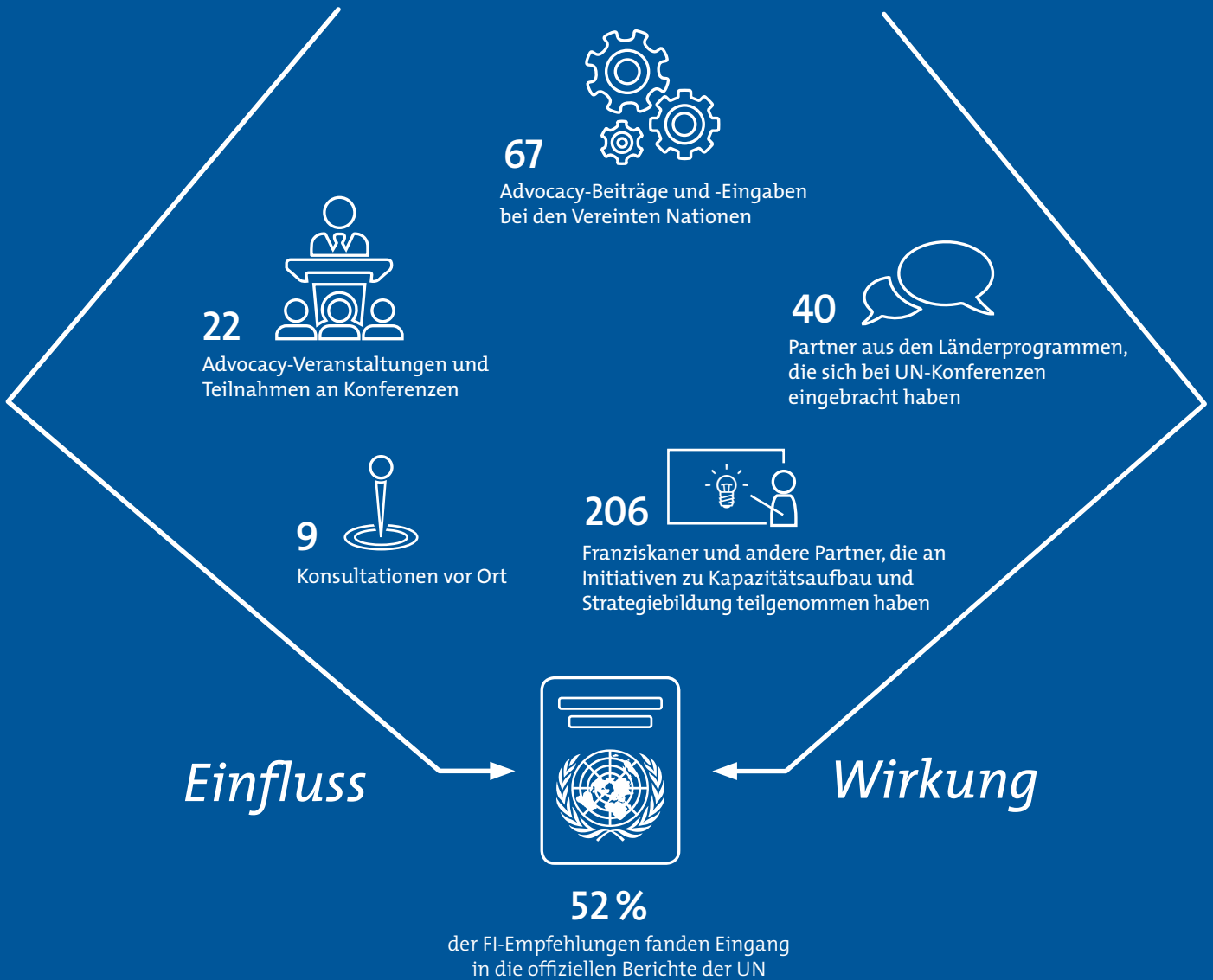
FI hat sich einem großen Chor von Stimmen angeschlossen, die den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Menschenrechtsrat als einen Schlag gegen die internationale Verpflichtung zu Menschenrechten und Multilateralismus verurteilten. Mich hat jedoch ermutigt, dass viele Staaten, auch aus dem globalen Süden, ihr Engagement für Dialog und gegenseitige Zusammenarbeit bekräftigt haben.

Als Organisation haben wir weiterhin das Zusammentreffen und die Zusammenarbeit unserer Brüder und Schwestern auf der ganzen Welt ermöglicht. Im Jahr 2018 haben wir Workshops und Foren veranstaltet, bei denen Franziskaner und andere Partner aus Afrika, Amerika und dem Asien-Pazifik-Raum zusammenkommen, Kontakte knüpfen und gemeinsame Strategien formulieren konnten. Im Rahmen unserer Aktivitäten als franziskanische Stimme bei den Vereinten Nationen konnten vierzig Vertreterinnen und Vertreter nach Genf und New York einladen. Mit der Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten wir uns gemeinsam mit Diplomaten, unseren zivilgesellschaftlichen Partnern, Franziskanern und Journalisten über die Herausforderungen ihrer Gemeinschaften austauschen und uns für effektive Lösungen einsetzen.

Abschließend möchte ich als FI-Geschäftsführer – und stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – allen meinen Dank aussprechen, die unsere Arbeit möglich gemacht haben: die franziskanischen Orden und Kongregationen, der Internationale Vorstand, die Hilfswerke, unsere Partner und alle, die mit uns ihre Stimme bei den Vereinten Nationen erhoben haben. Ich freue mich darauf, mit Ihnen persönlich unser 30-jähriges Jubiläum zu feiern.

Markus Heinze OFM
Geschäftsführer

/ Franciscans International in Zahlen /



3.807



Follower, was einer Steigerung der Reichweite
unserer Social- Media-Präsenz um 9,2 % entspricht

800



Mitglieder der Franziskanischen Familie
wurden bei 12 Outreach-Treffen erreicht



© Franciscans International
Der Internationale Vorstand

/ Über Franciscans International /

Seit 30 Jahren setzt sich Franciscans International (FI) dafür ein, die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträger auf Menschenrechtsfragen zu lenken, mit denen unsere Partner vor Ort – sowohl Laien als auch Ordensleute – tagtäglich konfrontiert sind. In Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften in über 30 Ländern auf vier Kontinenten setzt sich FI mit einigen der dringendsten Menschenrechtsfragen unserer Zeit auseinander.

Unsere Überzeugung, dass alle Menschen die gleiche Würde haben, steht im Mittelpunkt der Arbeit von FI. Dies verpflichtet uns zum Schutz und zur Bewahrung der Menschenrechte und der Umwelt. Wir nutzen Advocacy-Arbeit (Lobbyarbeit für die Entrechteten bei den Vereinten Nationen), um Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen. Es geht uns darum, den Menschenrechten die zentrale Rolle bei der Formulierung und Gestaltung nationaler und internationaler öffentlicher Politik zu geben. Wir glauben, dass die Menschenrechte im Mittelpunkt aller politischen Prozesse stehen müssen, insbesondere wenn es um internationale Entwicklung, die Umwelt und die Sicherheit geht.

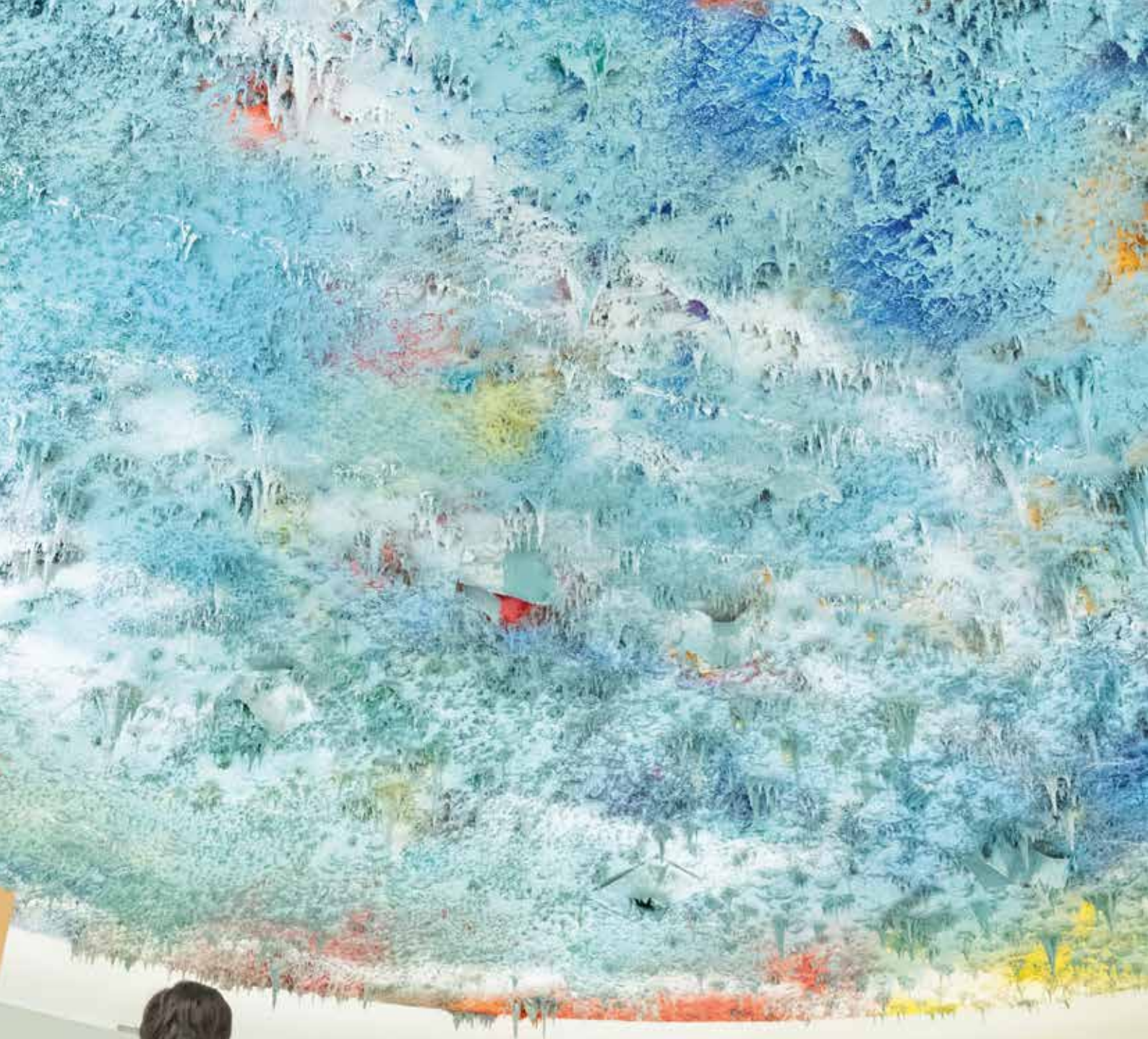
FI hat mit Büros an den UN-Standorten Genf und New York eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen und bei der wirksamen Unterstützung von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern. Neben evidenzbasierter Advocacy-Arbeit ermöglichen wir den Dialog und Kapazitätsaufbau und stellen Ressourcen bereit, damit unsere Partner die von ihren Gemeinschaften erlittenen Menschenrechtsverletzungen direkt bei den Vereinten Nationen vorbringen können. Wir erfüllen dadurch unsere Aufgabe, soziale und ökologische Gerechtigkeit und Frieden zu fördern.

Franciscans International (FI) arbeitet unter der Trägerschaft der Konferenz der Franziskanischen Familie (CFF), die die verschiedenen Zweige der Franziskanischen Familie vertritt, bestehend aus den Generalministern der Franziskaner-Minoriten (OFM Conv.), der Kapuziner (OFM Cap.), der Franziskaner (OFM), des Regulierten Dritten Ordens (TOR) und der Franziskanischen Gemeinschaft (OFS) sowie der Vorsitzenden der Internationalen Franziskanischen Konferenz der Schwestern und Brüder des Regulierten Dritten Ordens (IFC-TOR). Gemeinsam mit dem Internationalen Vorstand, dem FI-Leitungsteam und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tragen sie dazu bei, das Engagement der Franziskanischen Familie im Bereich von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu unterstützen und aufrechtzuerhalten.

FI ist ein gemeinnütziger Verein, der nur dank großzügiger Spenden aus öffentlichen, privaten und franziskanischen Quellen tätig werden kann.



© Photo/Jean-Marc Ferré
Pfau im Park der Vereinten Nationen in Genf



Globales Engagement

Wir von FI glauben, dass nachhaltige Entwicklung, die Bewahrung der Umwelt und die Achtung und Förderung der Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden sind. Daher müssen internationale Menschenrechtsstandards im Mittelpunkt aller politischen Prozesse stehen. In unserer globalen Advocacy-Arbeit im Jahr 2018 haben wir als gemeinsames Thema die Notwendigkeit einer stärkeren politischen Kohärenz im Einklang mit den Menschenrechten betont, auch in Bezug auf die Staatenpflichten bei den Vereinten Nationen in Genf und New York.

Wirtschaft und Menschenrechte

Die negativen Auswirkungen des Bergbaus und anderer groß angelegter Rohstoffabbauprojekte auf die Menschenrechte der lokalen Gemeinschaften, ihre Lebensgrundlagen und die Umwelt waren ein zentrales Anliegen. In enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnern und internationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken haben wir eine führende Rolle bei Initiativen übernommen, die auf eine bessere Rechenschaftspflicht der Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen abzielen.

Ein bedeutender Fortschritt wurde 2014 erzielt, als der UN-Menschenrechtsrat eine Zwischenstaatliche Arbeitsgruppe (IGWG, InterGovernmental Working Group) einrichtete, deren Aufgabe darin bestand, einen Vertrag auszuarbeiten, der die negativen Auswirkungen der Aktivitäten transnationaler Unternehmen auf die Menschenrechte regulieren und jene verhindern soll. Im Oktober 2018 traf die IGWG in Genf zu ihrer vierten Sitzung zusammen, bei der die Delegierten die erste Fassung des Vorschlags für einen künftigen Vertrag diskutierten. FI lud drei hochrangige Gäste nach Genf ein, um zu zeigen, dass dieser Prozess auch von Kirchenvertretern unterstützt wird.

Während der gesamten Sitzung konnten sich Bischof André de Witte (Bischof von Ruy Barbosa, Brasilien), Bischof Alvaro Ramazzini (Bischof von Huehuetenango, Guatemala) und Pfarrer Ralf Häußler (Leiter des Zentrums für Entwicklungsbezogene Bildung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg) mit Diplomaten, Vertretern der Zivilgesellschaft und Journalisten austauschen. Bei einer Begleitveranstaltung erörterten sie die Probleme für die Betroffenen, wenn diese im Rahmen der bestehenden unverbindlichen Rechtsmechanismen für Wirtschaft und Menschenrechte Wiedergutmachungsklagen einlegen wollen, sowie die Schwachpunkte, die diese Mechanismen bei der Verhinderung von Missbrauch und Verletzungen aufweisen.

Unsere Leiterin für Advocacy-Arbeit gehörte zu den Menschenrechtsexperten, die eingeladen waren, um ihre Einschätzungen zu Umfang und zu Definitionen des



© Franciscans International
Demonstration während des Thematischen Sozialforums zu Bergbau und Extraktivismus in Johannesburg, Südafrika

FI-Büros weltweit



Entwurfspapiers abzugeben. Sandra Epal Ratjen führte die Notwendigkeit aus, dass ein künftiger Mechanismus die spezifischen Herausforderungen von transnational tätigen Unternehmen berücksichtigen müsse, ohne dabei die Verantwortung, die alle Unternehmen für die Achtung der Menschenrechte haben, zu untergraben.

Auch außerhalb der UN hinaus engagierte sich FI für verbesserte Rahmenwerke. Nachdem wir bereits zwei Jahre lang dem Lenkungsausschuss des Thematischen Sozialforums zu Bergbau und Extraktivismus angehörten, waren wir 2018 Mitveranstalter beim Forum in Johannesburg, Südafrika. Bei diesem Forum waren vom Rohstoffabbau betroffene Gemeinschaften, Gewerkschaften, Frauenrechtsbewegungen, religiöse Gruppen (darunter Franziskaner), indigene Völker, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Jugendorganisationen und Wissenschaftler aus 60 Ländern vertreten. Auf Basis der gemeinsamen Herausforderungen, die bei den Beratungen identifiziert wurden, schufen die Teilnehmenden eine gemeinsame Plattform und ein Solidaritätsnetzwerk auf internationaler Ebene, um die künftige Advocacy-Arbeit besser zu koordinieren.

Keine Entwicklung ohne Menschenrechte

Seit der Verabschiedung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) im Jahr 2015 setzt sich FI dafür ein, die Umsetzung der Agenda 2030 mit den bestehenden Verträgen und Instrumenten in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsstandards und Umwelt stärker miteinander zu verbinden. Wir haben hierzu im Laufe des Jahres 2018 mit nationalen Partnern in El Salvador gemeinsam eine menschenrechtliche Analyse der Umsetzung von SDG 6 (sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen) und SDG 9 (belastbare Infrastruktur) erarbeitet. Das Papier, dessen Hauptaugenmerk auf Wasserfragen in El Salvador liegt, bildete die Grundlage für nachfolgende Begleitveranstaltungen beim Hochrangigen Politischen Forum in New York und beim Menschenrechtsrat in Genf sowie für ein Intensivtraining für die Zivilgesellschaft vor Ort in El Salvador.

Umweltgerechtigkeit ist eine wichtige Säule unserer Advocacy-Arbeit, und FI gilt in der Gemeinschaft der Gläubigen als eine der führenden Stimmen zu diesem Thema. Im Jahr 2018 unterstützte FI die Koordinierung der Aktivitäten mehrerer zivilgesellschaftlicher Netzwerke in Vorbereitung der 24. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (allgemein als COP 24 bezeichnet) in Kattowitz, Polen. Während der Konferenz traf sich unsere Delegation mit dem zuständigen Untersekretär, diskutierte mit ihm die Beiträge von kirchlichen Organisationen zur Bekämpfung des Klimawandels und schlug eine Kontaktstelle für Menschenrechtsfragen für das UNFCCC-Sekretariat vor. Erneut haben wir die enge Verbindung zwischen Menschenrechten und Klimaschutz betont. Auch wenn die COP 24 in den Umsetzungsleitlinien des Übereinkommens von Paris ausdrücklich Verweise auf Menschenrechte – insbesondere auf Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit und indigene Völker – aufgenommen hat, haben wir betont, dass stärkere und dringlichere Maßnahmen erforderlich sind, um auf die aktuelle Klimakrise zu reagieren.

Migration

Die Verhandlungen zum UN-Migrationspakt (Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration), die in New York stattfanden, waren ein weiteres Schwerpunktthema unserer Arbeit im ersten Halbjahr 2018. Der UN-Migrationspakt ist das erste zwischenstaatlich ausgehandelte Übereinkommen, das einen gemeinsamen Rahmen zu allen Dimensionen internationaler Migration darstellen soll. Von der Veröffentlichung des Erstentwurfs im Februar 2018 bis zum Ende der offiziellen Sitzungen im Juli 2018 setzte sich FI dafür ein, die Menschenrechte von Migranten zu fördern und zu schützen, unabhängig von ihrem Status und Kontext.



© UN-Foto/Elma Okic
Journalisten beim Fotografieren der
Abstimmung im Ausschuss des
Menschenrechtsrats



© Franciscans International
Rede von Bischof Mgr. de Witte (rechts)
während einer Begleitveranstaltung bei den
Vereinten Nationen

Die Arbeit von FI erstreckte sich auf drei Aktionsbereiche: Wir verfolgten den Fortgang der Verhandlungen durch unsere Teilnahme an den offenen Sitzungen; wir erstellten Analysen zu den verschiedenen Entwürfen des Pakts und zu den Positionen der Mitgliedstaaten und gaben entsprechende Erklärungen an die Beobachter ab; und wir hielten Advocacy-Treffen mit wichtigen Mitgliedstaaten ab, die während des gesamten Zeitraums an den Verhandlungen beteiligt waren.

Im Mai 2018 nahm FI aktiv an einer vom Heiligen Stuhl und von Caritas International organisierten Konferenz teil, die den Titel *Sharing the Journey of Migrants and Refugees: An Interfaith Perspective on the Global Compacts* (Auf der Reise mit Migranten und Flüchtlingen: eine konfessionsübergreifende Perspektive auf den UN-Migrationspakt) trug. Schwester Diana Muñoz Alba von den Franziskanischen Missionarinnen Mariens (FMM), Leiterin der mexikanischen Migrantenunterkunft Santa Martha, berichtete von ihren Erfahrungen als Einwanderungsanwältin in Mexiko.

Als die Verhandlungen im Juli zum Abschluss kamen und der Migrationspakt später im Dezember 2018 verabschiedet wurde, war FI enttäuscht, dass die finale Fassung letztendlich hinter den Versprechungen zurückblieb, die in der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten enthalten waren, welche bereits 2016 von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen angenommen worden war. In einigen Bereichen in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte ist der Migrationspakt nach Auffassung von FI sogar ein Schritt zurück, weil niedrigere Standards festgelegt wurden, als sie bereits von mehreren Mitgliedstaaten eingeführt worden waren. Doch wir setzten unsere Arbeit mit lokalen und internationalen Partnern fort, um uns für die Umsetzung der universellen Menschenrechte von Migranten und Migrantinnen einzusetzen und die bestehenden internationalen Mechanismen zum Schutz und zur Förderung von Menschenrechten zu nutzen.

Mgr. André de Witte

Der in Belgien geborene Mgr. André de Witte verbrachte den größten Teil seines Lebens in Brasilien, wo er 1994 zum Bischof der Diözese Ruy Barbosa geweiht wurde. Seitdem hat er wiederholt Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, die mit indigenen Gemeinschaften zusammenarbeiten, angeprangert. Er schloss sich FI in Genf im Oktober 2018 während der Sitzung der Zwischenstaatlichen UN-Arbeitsgruppe zu transnationalen Konzernen und sonstigen Unternehmen an, bei der ein besserer Zugang zu Rechtsprechung und Rechtsmitteln für die von Konzernaktivitäten betroffenen Gemeinschaften gefordert wurde.

Mgr. de Witte hat diese Probleme in seiner eigenen Diözese miterlebt, als seine 50.000 Gemeindemitglieder, die über ein größeres Gebiet als viele europäische Staaten verteilt sind, ihre Existenzgrundlage durch große Rohstoffbauvorhaben bedroht

sahen. »Einem Kleinbauern, der das Land, das er bebaut, nicht besitzt, kann es passieren, dass er eines Morgens aufwacht und kleine Pflöcke um sein Haus vorfindet, die bedeuten, dass es jetzt von einem Bergbauunternehmen beansprucht wird. So etwas passiert den Mächtigen nicht«, meint Mgr. de Witte.

Seiner Ansicht nach ist die Kirche in der Verantwortung, eine Rolle bei diesem Prozess zu spielen. »Wir müssen Teil dieser Diskussionen sein, denn unsere Arbeit ruht auf zwei Säulen: Eine davon ist die Katechese, aber wir müssen auch danach streben, eine gleichberechtigte und gerechte Gesellschaft im Dienste des Lebens zu schaffen. Letztendlich richtet sich dieses Abkommen nicht gegen die Wirtschaft oder transnationale Konzerne. Es ist im Dienst der Leben der Opfer – es ist im Dienst von uns allen.«



Regionale Programme

/ Afrika-Programm /

Der Schwerpunkt des Engagements von FI in Afrika lag entsprechend seiner thematischen Prioritäten vor allem auf Problemen im Zusammenhang mit Rechtsstaatlichkeit, Umweltrechten, extremer Armut und Schutz der Rechte von Frauen und Kindern.

Demokratische Republik Kongo

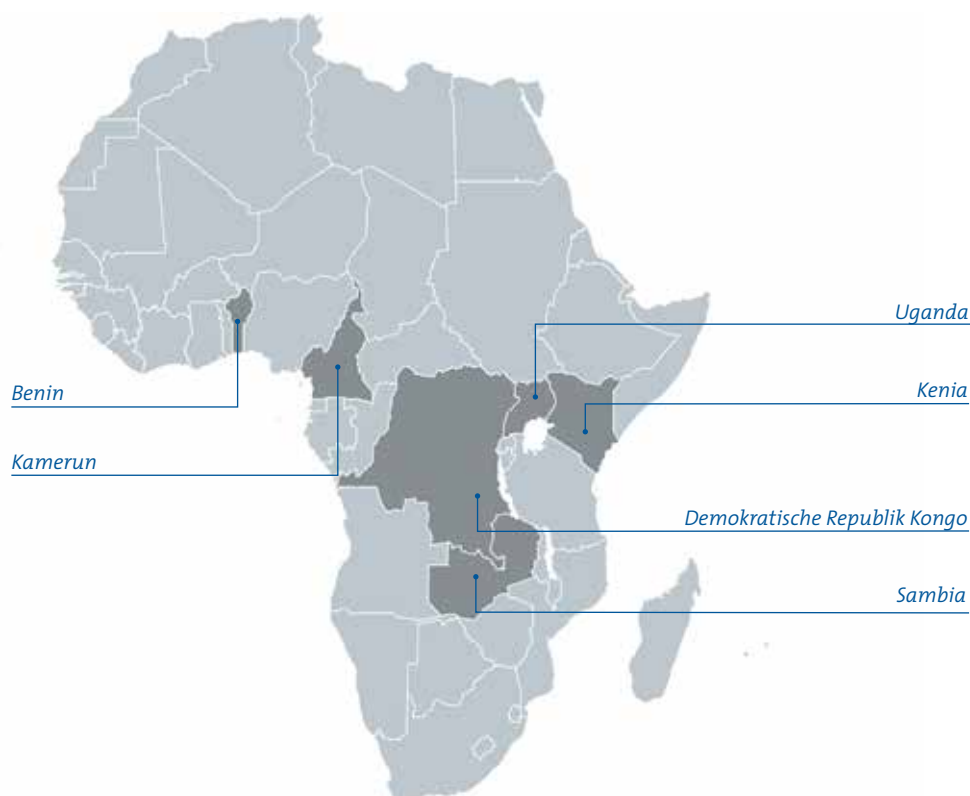
Als im September 2016 Massenproteste in der Demokratischen Republik Kongo ausbrachen, nachdem eine Verschiebung der geplanten Präsidentschaftswahlen angekündigt worden war, spielte die katholische Kirche eine zentrale Rolle dabei, einen politischen Dialog zu ermöglichen. Mit dem Silvesterabkommen, das von der katholischen Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) vermittelt wurde, wurde das Mandat von Präsident Joseph Kabila um ein weiteres Jahr bis Dezember 2017 verlängert, unter der Bedingung, dass während dieses Zeitraums Wahlen vorbereitet werden. Die vereinbarten Wahlen fanden jedoch nicht statt, was die Spannungen weiter verschärfte.

Während des gesamten Jahres 2018 wies FI mit Besorgnis auf die politische Situation in der Demokratischen Republik Kongo hin und setzte sich für die vollständige Umsetzung der Vereinbarung ein. Wir luden Mitglieder der CENCO zu den Sitzungen des UN-Menschenrechtsrats im Juni und September 2018 ein, wo sie die Bedeutung freier, fairer und transparenter Wahlen hervorhoben und wiederholte Vorfälle übermäßiger Gewalt seitens der Regierung sowie andere Einschränkungen des Rechts auf Vereinigungsfreiheit, auf freie Meinungsäußerung und auf friedliche Versammlung anprangerten. Während einer Konferenz bei der Ratssitzung im September betonte Abbé Donatien Nshole, Generalsekretär der CENCO, zudem die Notwendig-



© Franciscans International
Schwester Nathalie Kangaji bei der Vorbereitung auf ihren mündlichen Bericht bei der Sitzung des Menschenrechtsrats im Juni 2018

FI-Schwerpunkte in Afrika



»Es war wirklich wichtig, dass sich unsere Regierung bewusst war, dass wir bei der Diskussion im Menschenrechtsrat über die Resolution zur Demokratischen Republik Kongo dabei waren.«

Schwester Nathalie Kangaji SND,
Kommission für Gerechtigkeit
und Frieden, CENCO



© Franciscans International
Konsultationen mit der FI-Delegation
in Sambia

keit, systemische Fragen anzugehen, um einen glaubwürdigen Prozess zu gewährleisten. Er bezog sich dabei unter anderem auf das allgemeine Misstrauen gegenüber Wahlautomaten und dem Wählerverzeichnis.

Auch wenn am 30. Dezember 2018 die Präsidentschaftswahlen endlich stattfanden, sind weiterhin besorgt über zahlreiche Berichte zu Unregelmäßigkeiten und Entzügen des Wahlrechts. FI wird sich auch in Zukunft für die Vielzahl an Menschenrechtsfragen, die in der Demokratischen Republik Kongo nach wie vor offen sind, in enger Zusammenarbeit mit CENCO und anderen Partnern vor Ort engagieren.

Kenia

Im Oktober 2018 führte FI einen Workshop in Nairobi durch, um 25 Brüder und Schwestern aus der Franziskanischen Familie, zivilgesellschaftliche Partner und Vertreter aus Mukuru, einer der größten informellen Siedlungen der Stadt, für die Zusammenhänge zwischen Menschenrechten und Entwicklung zu sensibilisieren.

Die Teilnehmenden hatten Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit verschiedenen Experten der nationalen Menschenrechtskommission Kenias und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich auf nationaler und internationaler Ebene mit dieser Thematik befassen. Beim Workshop wurde untersucht, wie die Umsetzung der SDGs in Kenia erfolgt und wie relevante Interessengruppen einbezogen werden können.

Am Ende des Workshops gaben die Teilnehmenden an, dass der Workshop sie mit dem internationalen System zum Schutz der Menschenrechte und seinen bestehenden Mechanismen und Standards vertraut gemacht habe, sodass sie diese nun besser nutzen können, um Fälle, bei denen die Menschenrechte vor Ort verletzt werden, an die Vereinten Nationen heranzutragen.

Sambia

Die Regierung Sambias akzeptierte die meisten der Empfehlungen, die ihr bei ihrem dritten Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahren (Universal Periodic Review, UPR) im März 2018 aufgetragen wurden, darunter auch einige Empfehlungen zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt im Zusammenhang mit Rohstoffabbauprojekten. Das UPR-Verfahren endet jedoch nicht in Genf: Es ist entscheidend, dass die nationalen Behörden zusammen mit anderen Interessengruppen die Empfehlungen befolgen und an einer effektiven Umsetzung arbeiten.

Im April 2018 führte FI eine Folgeuntersuchungsreise nach Sambia durch, wo in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern eine Reihe von Aktivitäten organisiert wurde, um sicherzustellen, dass die Beteiligten über die Verpflichtungen ihrer Regierung informiert sind, insbesondere im Bereich natürlicher Ressourcen und des Rohstoffabbaus. Delegierte von FI trafen sich mit zivilgesellschaftlichen Vertretern, initiierten aber auch einen Dialog mit den lokalen und nationalen Behörden und betonten die entscheidende Rolle, die der Zivilgesellschaft bei der Überwachung der Umsetzung der UPR-Empfehlungen zukommt.

Die Anwesenheit von FI gab den lokalen Partnern die Gelegenheit, ihre Gemeinschaften über ihre Rechte zu informieren und Vertreter lokaler Behörden über ihre Verpflichtungen zu deren Schutz aufzuklären. Bei einem Treffen mit lokalen Gemeinschaften stellte sich heraus, dass ein weiterer Einsatz für die Menschen, die am stärksten von den Ölbohrungs- und Ölförderungsaktivitäten betroffen sein werden, erforderlich ist. Dies wird die Grundlage für unsere zukünftige Arbeit in Sambia bilden.





© Franciscans International
Br. Auguste Agoukpe bei einem Treffen mit
dem unabhängigen Experten für Albinismus im Genfer FI-Büro

Bruder Auguste Agoukpe, OFMCap.

In Benin finden in einigen Gemeinschaften noch immer rituelle Tötungen sogenannter »Hexenkinder« statt. »Beim ersten Überprüfungsverfahren Benins im Jahr 2008 gaben zwei Staaten Empfehlungen zu diesem Thema ab, während es 2012 von 14 Staaten angesprochen wurde. Dies trug dazu bei, unsere Arbeit sichtbarer zu machen«, sagt Bruder Auguste von Franciscains-Bénin. Er war 2018 gemeinsam mit FI in Genf bei der Annahme des UPR durch Benin anwesend, um erneut auf diese Thematik hinzuweisen. Seit fast 10 Jahren kämpft er gegen die rituellen Kindstötungen.

Auch wenn die Nationalversammlung Benins im Juni 2018 eine neue Strafgesetzgebung verabschiedet hat, die bezüglich der rituellen Kindstötungen nun kinderrechtliche Bestimmungen

enthält, sind stärkere Maßnahmen erforderlich, um diesen Praktiken ein Ende zu setzen. Franciscains-Bénin hat einen Strategieplan entwickelt, der nicht nur Kampagnen zur Bewusstseinsbildung und Information über die neuen kinderrechtlichen Bestimmungen vorsieht, sondern auch einen Fokus auf Sozialarbeit legt und die Schulbildung von Mädchen und im Stich gelassenen Kindern gewährleisten soll.

»Als Franziskaner ist diese Arbeit von wesentlicher Bedeutung, denn der Heilige Franziskus war die Stimme derer, die keine hatten. So werden die Franziskaner automatisch jeden Mann, jede Frau und jedes Kind, dessen Rechte verletzt werden, verteidigen, um sie zu schützen«, sagt Bruder Auguste. »Ich erfülle dabei nur meine Aufgabe.«



/ Amerika-Programm /

Im Rahmen unseres Amerika-Programms haben wir während des gesamten Jahres 2018 unsere Arbeit für gefährdete Bevölkerungsgruppen fortgesetzt, mit Schwerpunkt auf Migranten, Flüchtlinge, indigene Völker sowie Gemeinschaften, die von Rohstoffabbau und Umweltzerstörungen betroffen sind.

Mexiko

Im Jahr 2018 hat die Situation der Menschenrechte in Zentralamerika internationale Aufmerksamkeit erlangt infolge von vier Migrationswellen – insbesondere aus Honduras, El Salvador und Guatemala. Der Weg Richtung Vereinigte Staaten führt die meisten der Migranten und Migrantinnen über Mexiko. Doch sie sind auf ihrem Weg immer größeren Gefahren ausgesetzt aufgrund der Gewalt, die dort im Zuge des Krieges gegen Drogen herrscht. Im Laufe des Jahres 2018 wurden zahlreiche Fälle von Diskriminierung, Gewalt, Verschwindenlassen von Migranten durch Kartelle oder durch das Militär sowie Verletzungen des Rechts auf Asyl dokumentiert. Die Vereinigten Staaten haben inzwischen mit aggressiveren Maßnahmen reagiert, zu denen Massenabschiebungen, Familientrennung und die Aussetzung von Migrationsprogrammen gehören.

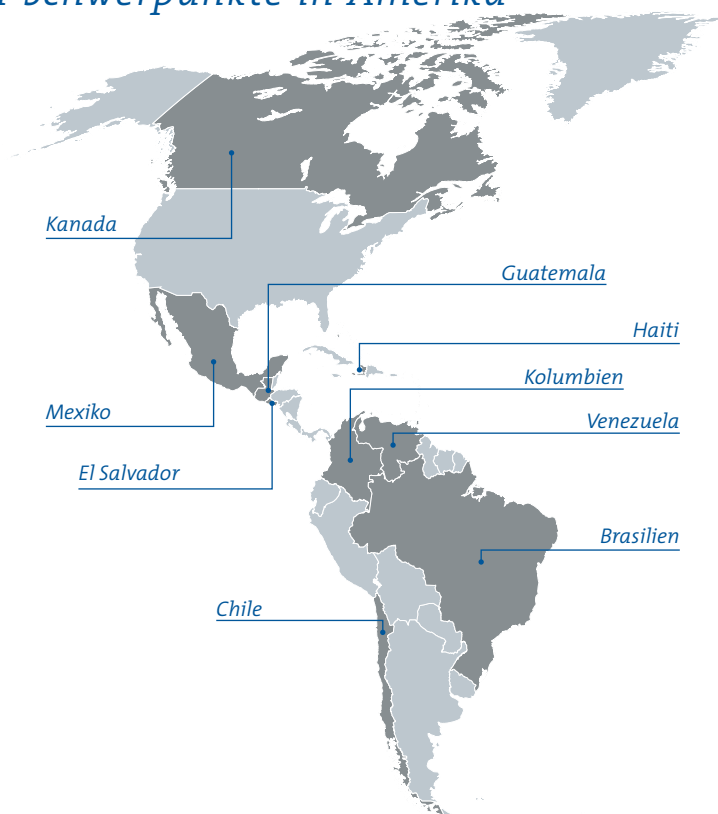
FI arbeitete eng mit franziskanischen Schutzunterkünften wie La 72 Hogar Refugio Para Personas Migrantes (La 72) in Tenosique zusammen, die Migranten und Flüchtlingen rechtliche, medizinische und psychologische Unterstützung bieten. Der Leiter von La 72, Ramón Marquez, nahm an der 38. Sitzung des Menschenrechtsrats teil, wo er berichtete, welchen Risiken Migranten und Asylsuchende, insbesondere Frauen und Kinder, ausgesetzt sind und welche Menschenrechtsverletzungen sie während ihrer Abschiebung und Inhaftierung erleiden.

Um die regionale Zusammenarbeit zu stärken, organisierte FI im November 2018 einen Workshop zum Thema Migration, an dem Vertreter der Franziskanischen Familie aus Brasilien, Guatemala, El Salvador, Mexiko und Paraguay teilnahmen. In ihrer abschließenden Zusammenfassung forderten die Teilnehmenden einen umfassenderen regionalen und subregionalen Ansatz zur Lösung des Migrationsproblems und bekräftigten den Aufruf von Papst Franziskus nach Schutz, Aufnahme, Förderung und Integration von Migranten und Migrantinnen.

El Salvador

Unkontrollierte Praktiken beim Rohstoffabbau haben sich verheerend auf die Umwelt in El Salvador ausgewirkt, mit dem Ergebnis, dass nun über 90 Prozent der Oberflächengewässer stark verschmutzt sind. Nach fast 13-jähriger Advocacy-Arbeit durch zivilgesellschaftliche Bewegungen – darunter auch die Franziskanische Familie – verabschiedete der Nationalkongress El Salvadors im Jahr 2017 ein wegweisendes

FI-Schwerpunkte in Amerika





© Franciscans International
Amerika-Programmkordinator Ulises
Quero mit Sandra Carolina Ascencio
während eines Besuchs in El Salvador

»Die Staaten sind besorgt über ihr internationales Image gegenüber Kooperationspartnern bei den Vereinten Nationen; das ist eine gute Gelegenheit, sie aufzufordern, ihre Entscheidungen und ihre staatliche Politik zu verbessern und zu ändern.«

Sandra Carolina Ascencio GFBS –
El Salvador

Gesetz, das den Metallabbau verbietet. Die jahrelange Vernachlässigung hat jedoch ihre Spuren hinterlassen.

Im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums mit dem Schwerpunkt El Salvador im Juli 2018 legte FI der UN in New York ein Positionspapier vor. In dem Papier wurde das Recht auf Wasser in verschiedenen Kontexten untersucht, wobei Fragen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Wasserressourcen, Rohstoffabbau und Prävention sowie Schadenbegrenzung von Katastrophen im Hinblick auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) untersucht wurden.

FI lud auch Sandra Carolina Ascencio von der franziskanischen GFBS-Kommission El Salvador nach Genf und New York ein. Sie berichtete auf verschiedenen Plattformen von Problemen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau und den potenziellen Risiken der geplanten Wasserprivatisierung in El Salvador. Sie wies außerdem auf Schwierigkeiten hin, die dadurch entstehen, dass keine internationalen Abkommen zwischen El Salvador und seinen Nachbarn über die Erhaltung und Bewirtschaftung grenzüberschreitender Wasserressourcen existieren.

UPR-Überprüfungsverfahren

Im Rahmen des Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens (UPR) wird in jedem der 193 UN-Mitgliedstaaten alle fünf Jahre die Menschenrechtssituation untersucht. Diese Überprüfungen basieren auf einem von der jeweiligen Regierung erstellten Staatenbericht, einer Zusammenstellung von UN-Informationen durch das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte und einer Zusammenfassung von Informationen, die von der Zivilgesellschaft bereitgestellt werden.

Wir unterstützen die Franziskanische Familie und die Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene, um sich beim UPR-Verfahren einzubringen und die wirksame Umsetzung der von der entsprechenden Regierung angenommenen Empfehlungen zu überwachen. Im Jahr 2018 haben wir an den Überprüfungen zu sechs Ländern mitgearbeitet, drei davon aus dem amerikanischen Raum.

FI ermöglichte drei kanadischen Partnern, die vor Ort zu den Themen Wasser und Menschenhandel arbeiten, die Teilnahme am UPR-Prozess. Einer der Gäste in Zusammenarbeit mit dem globalen Advocacy-Programm war Sandra Pilar Sanchez vom Service Intercommunautaire d'Animation Franciscaine (SIAF), die später mit uns zusammen in New York an einer Folgediskussion zum Recht auf Wasser im Kontext der SDGs teilnahm. FI hatte außerdem Jill Hanley vom Comité d'Action contre la Traite Humaine Interne et Internationale (CATHII) eingeladen, die sich mit der Problematik des Menschenhandels befasste.

Margarita Bautista von der kolumbianischen Franziskanischen Familie gab gemeinsam mit FI in Genf eine Präsentation zu den Hauptthemen des UPR-Verfahrens von Kolumbien. Sie sprach über die Bedrohungen gegen und Übergriffe auf Menschenrechtsverteidiger, über Rohstoffabbauprojekte und Konsultationen mit der Bevölkerung, insbesondere in der kolumbianischen Bergbauregion La Colosa.

Zuletzt haben wir im Januar 2019 vor der Überprüfung Chiles auch einen UPR-Bericht zusammen mit der Oficina de Justicia, Paz e Integridad de la Creación de los Hermanos Franciscanos de Chile vorgelegt, um auf Probleme in Bezug auf Zugang zu Wasser und Wasserknappheit infolge von Unternehmensaktivitäten hinzuweisen, die insbesondere verursacht werden durch im Norden des Landes tätige Bergbaukonzerne, durch Pinien- und Eukalyptusplantagen sowie durch Obst- und Gemüsebetriebe.



© Franciscans International
UN-Sonderberichterstatterin für
Binnenvertriebene während der
Einführung der spanischen Toolbox
im Menschenrechtsrat

Toolbox auf Spanisch

FI unterstützt die Zivilgesellschaft dabei, einen integrierten und kohärenten menschenrechtsbasierten Ansatz für nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und Umweltgerechtigkeit zu fördern. Im Rahmen unserer Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau haben wir eine Toolbox entwickelt, die Folgendes bietet:

- Sie macht deutlich, wie infolge von Menschenrechtsverletzungen die Umsetzung der SDGs beeinträchtigt oder verhindert werden kann und Menschen anfälliger für die Folgen des Klimawandels werden;
- sie verbindet Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung und Klimawandel miteinander auf nationaler und internationaler Ebene, um bessere Informationen für die verschiedenen Überprüfungsmechanismen zu bieten; und
- sie unterstützt Betroffene, die bestehenden Mechanismen umfassend zu nutzen und einen integrierten Ansatz zu fördern, der die Menschenrechte achtet und schützt.

Im Jahr 2018 haben wir eine spanische Version der Toolbox veröffentlicht, die als Grundlage für einen Workshop in El Salvador eingesetzt wurde. Rund 30 Teilnehmer wurden darin geschult, wie sie verschiedene Mechanismen der Vereinten Nationen nutzen können, um nationale und internationale Programme und Strategien enger mit dem Schutz der Menschenrechte zu verknüpfen. Die Toolbox ist auf unserer Website in englischer, französischer und spanischer Sprache verfügbar.



/ Asien-Pazifik-Programm /

Im vergangenen Jahr hat FI seine langjährigen Beziehungen im Asien-Pazifik-Raum weiter ausgebaut und auf sich abzeichnende Menschenrechtskrisen reagiert. Entsprechend unserer thematischen Prioritäten lag das Hauptaugenmerk unserer Arbeit auf der Verfolgung außergerichtlicher Tötungen, Vergangenheitsbewältigungsprozessen, den Rechten von indigenen Völkern, Migranten und Asylsuchenden sowie den Rechten der von Rohstoffabbauvorhaben betroffenen Gemeinschaften.

Indonesien

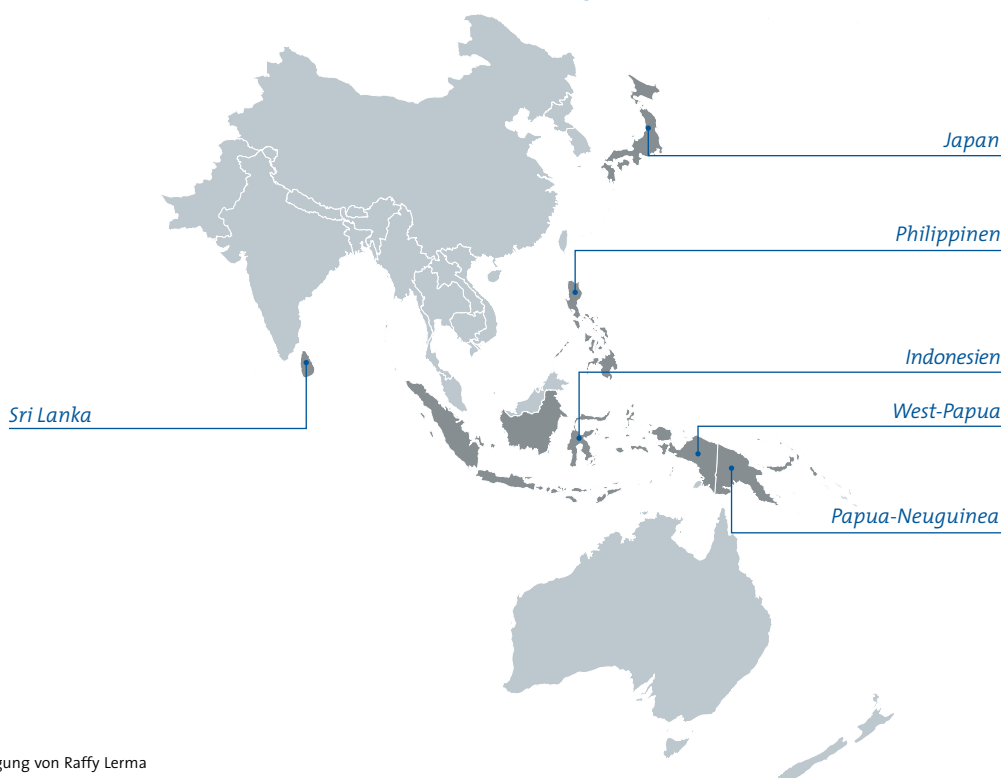
FI ist tief verwurzelt in den Provinzen Papua und West-Papua, wo weiterhin vielfältiger Anlass zur Sorge bestand. Dies betrifft vor allem die Spannungen über deren besonderen autonomen Status, Berichte über Gewalt durch staatliche und nicht-staatliche Akteure, den eingeschränkten Zugang für die internationale Gemeinschaft und die demografischen Veränderungen, die die indigene Bevölkerung bedrohen. Obwohl die indonesische Regierung wiederholt ihre Bereitschaft signalisiert hat, sich mit diesen Problemen zu befassen, sind wichtige Ansätze vor den Parlamentswahlen im April 2019 ins Stocken geraten. Wir als Organisation arbeiten weiterhin daran, einen Dialog zwischen Kirchen, Zivilgesellschaft und verschiedenen Regierungsebenen zu fördern. Wir haben insbesondere den Besuch der Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung in Indonesien begrüßt, die dabei mit dem indonesischen Präsidenten über die Lage in West-Papua sprach. Dies ist als wichtiger Schritt zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit dem Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte anzusehen.

Die indonesische Zivilgesellschaft trug an FI auch eine Reihe von Problemen im Zusammenhang mit Palmölplantagen heran. Bei der 38. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats forderten wir in einer Erklärung dazu auf, Genehmigungen für Palm-



© Franciscans International
Teilnehmende während eines Trainings
auf den Philippinen

FI-Schwerpunkte im Asien-Pazifik-Raum



»Wir erkennen unsere Gemeinsamkeiten. Die Erde ist unsere gemeinsame Heimat, deshalb haben wir alle eine gemeinsame Verantwortung, sie vor Missbrauch und Zerstörung zu schützen und zu verteidigen. Wir haben ein gemeinsames Menschheitserbe. Wir haben gemeinsame Werte, Ziele und Prioritäten.«

Einleitungssatz der Semarang-Erklärung der Asien-Pazifik-Versammlung zu Menschenrechten und Extraktivismus im Jahr 2018

ölpflanzungen vorerst auszusetzen und das Recht auf Land der indigenen Völker sowie die Rechte der Plantagenarbeiter und -arbeiterinnen besser zu schützen.

Schließlich lud FI in Zusammenarbeit mit anderen katholischen Organisationen zu einer Konsultation ein, um den Menschenhandel mit Wanderarbeitern in der Provinz East Nusa Tenggara zu diskutieren. Während dieses Treffens konnten die Teilnehmenden Informationen austauschen und künftige Strategien für internationale Advocacy-Arbeit erarbeiten.

Philippinen

Seit 2016 sind schätzungsweise 30.000 meist arme Menschen Opfer außergerichtlicher Tötungen im sogenannten »Krieg gegen Drogen« geworden, der von der Regierung geführt wird. Die allgemeine Verurteilung dieses Massakers hat zu einer zunehmend feindseligen Situation für die Zivilgesellschaft auf den Philippinen geführt, mit wiederholten Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger, Kirchenvertreter, Journalisten und indigene Menschen.

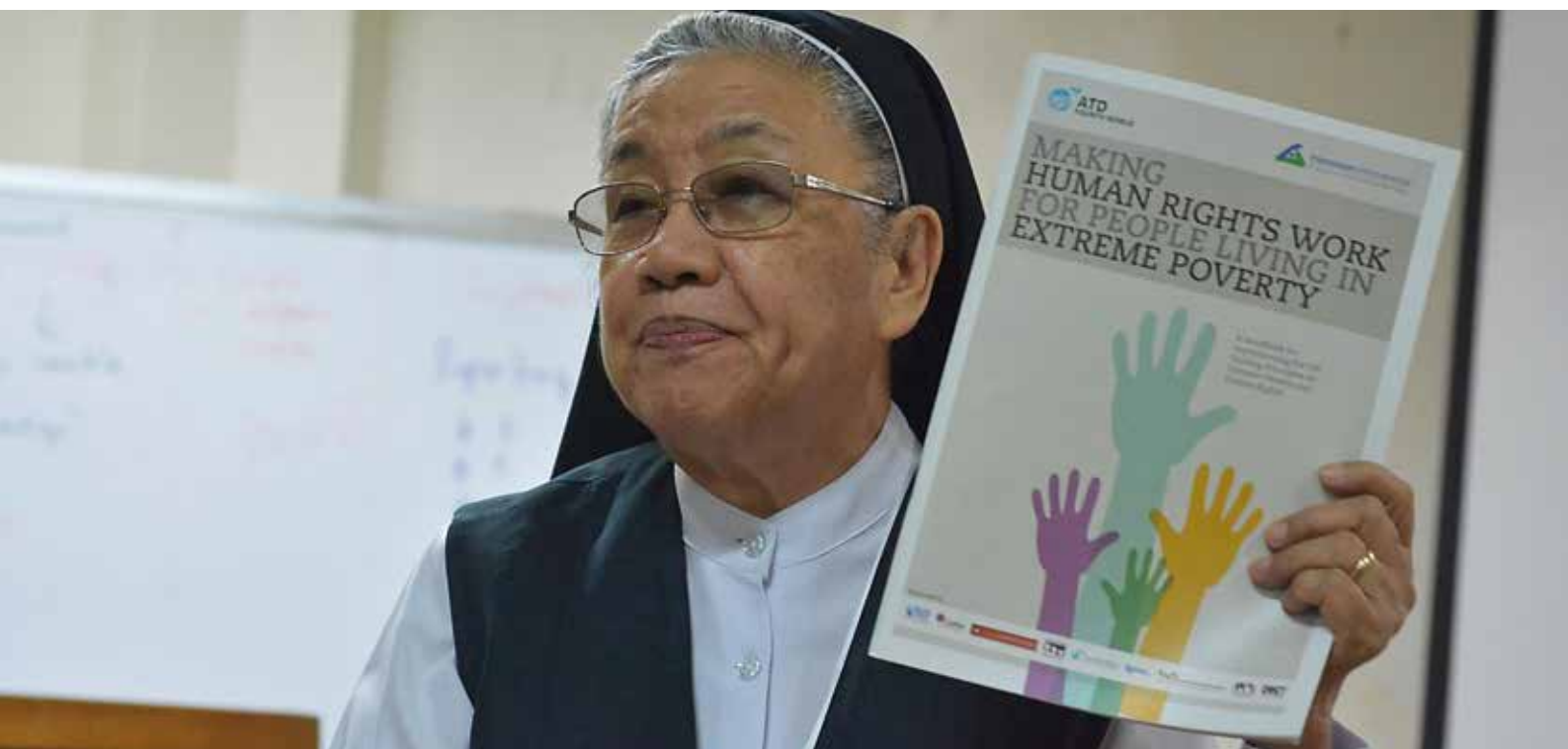
Gemäß ihrer langen Tradition haben die Kirchen auf den Philippinen die Tötungen angeprangert und Zeugen, Opfern und ihren Familien Zuflucht gewährt. Während des gesamten Jahres 2018 unterstützte FI vor Ort tätige Brüder und Schwestern, damit sie an wichtigen Treffen in Genf und Rom teilnehmen konnten, um sowohl die UN-Vertreter als auch das Netzwerk der katholischen Kirche aufzurufen, Maßnahmen gegen die anhaltenden Verletzungen auf den Philippinen zu ergreifen. Im Mai 2018 organisierten wir auch ein gemeinsames Training mit der franziskanischen Solidaritätsbewegung, das den Partnern eine wertvolle Gelegenheit bot, gemeinsame Aktionen zugunsten der von ihnen vertretenen marginalisierten Gemeinschaften auszuarbeiten und zu koordinieren.

Sri Lanka

Die politische Situation in Sri Lanka war während des gesamten Jahres 2018 äußerst instabil. Im Oktober stürzte die Auflösung der Regierung der Nationalen Einheit aus dem Jahr 2015 und die Ernennung des ehemaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa zum Premierminister das Land in eine Verfassungskrise, die die Regierungsgeschäfte monatelang lahmlegte. Trotz wiederholter Zusagen wurde seitens der Behörden die Umsetzung von Transitional-Justice-Mechanismen, die eine Rechenschaftspflicht für die während des Bürgerkriegs in Sri Lanka begangenen Menschenrechtsverletzungen vorsehen, nur langsam vorangetrieben.

Als Reaktion auf die Verfassungskrise lud FI zivilgesellschaftliche Vertreter aus Sri Lanka nach Genf ein, wo sie die potenziellen negativen Auswirkungen auf den Übergangsjustizprozess hervorhoben. Sie betonten, dass die politische Krise auch als eine menschenrechtliche Krise betrachtet werden sollte, und äußerten ihre Besorgnis über die möglichen konträren Auswirkungen, die die Situation auf Menschenrechtsverteidiger und -opfer haben könnte, insbesondere in den tamilischen Nord- und Ostprovinzen.

Weiterhin widmeten wir uns auch intensiv den Vorbereitungen für die 40. Sitzung des Menschenrechtsrats im März 2019, bei der das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte zur Umsetzung der Resolution 30/1 zu Transitional Justice in Sri Lanka berichten sollte. FI betonte während des gesamten Jahres 2018, dass trotz nominaler Fortschritte weiterhin ein klarer, an Zeitvorgaben gebundener Fahrplan und ein starker Überwachungsprozess erforderlich sind, um den Weg zu Frieden und Versöhnung fortzusetzen.



© Franciscans International
Schwester Crescencia Lucero, SFIC

In memoriam: Schwester Cres

Mit großer Trauer haben wir am 15. Mai 2019 die Nachricht vom Tod von Schwester Crescencia Lucero SFIC erhalten. Die 77-Jährige war Koordinatorin der GFBS-Vereinigung der Höheren Ordensoberen auf den Philippinen (AMRSP) und eine bekannte Menschenrechtsverteidigerin in der gesamten asiatisch-pazifischen Region.

Schwester Cres begann ihre Menschenrechtsarbeit unter der Marcos-Herrschaft in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, wo sie als Vorsitzende der Task Force Detainees of the Philippines (TFDP) mithalf, über 5.500 Fälle von Folter, über 2.500 Fälle von Massenhinrichtungen und mehr als 750 Fälle von gewaltsamem Verschwinden zu dokumentieren.

»Wir schulden es uns selbst, wir schulden es Pater Rudy Romano und all denen, die während des Kriegsrechts zu Märtyrern wur-

den, und wir schulden es den zukünftigen Generationen, wachsam zu bleiben. Lasst uns nicht selbstgefällig werden«, sagte sie in einem Interview im Jahr 2014.

In ihrem Kampf gegen die aktuelle Menschenrechtskrise auf den Philippinen arbeitete sie eng mit FI zusammen. Schwester Cres nahm häufig an den Sitzungen des Menschenrechtsrats in Genf teil, zuletzt im September 2017, wo sie über die menschenrechtlichen Auswirkungen des Krieges gegen Drogen sprach. Nahezu in jedem Jahr arbeitete Schwester Cres auch mit FI bei der Organisation von Kapazitätsaufbau-Workshops für die Zivilgesellschaft zusammen, um nachhaltige und positive Veränderungen auf den Philippinen zu bewirken.

Finanzbericht 2018

Geprüft durch PricewaterhouseCoopers SA

CHF

Einnahmen

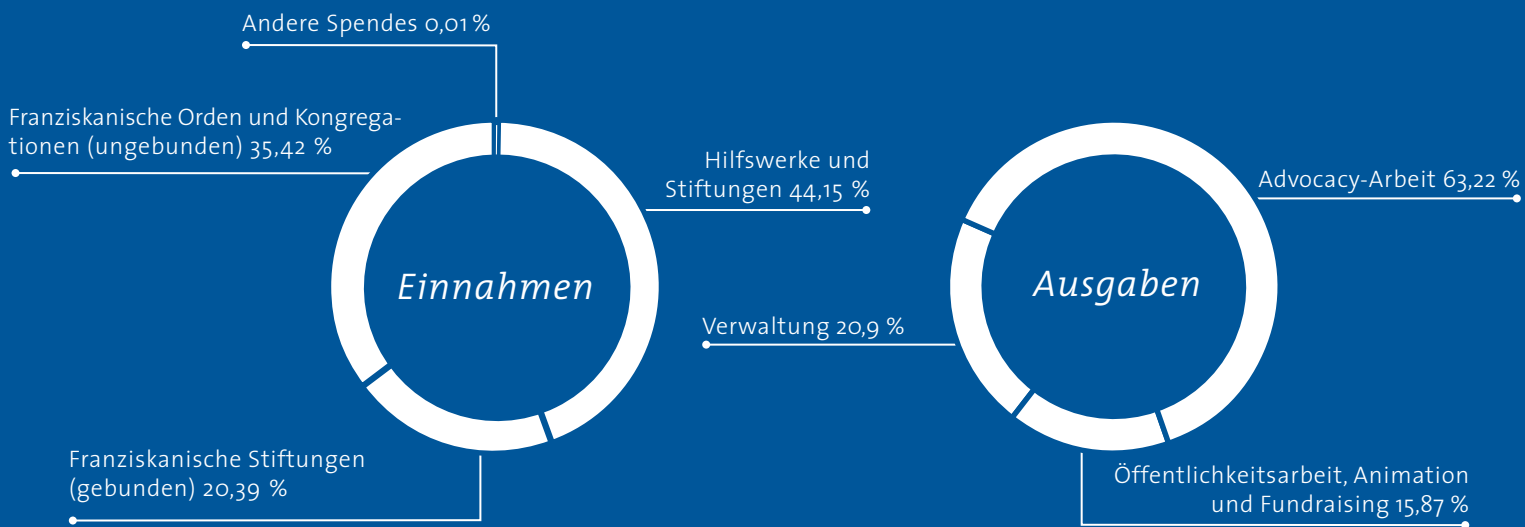
Franziskanische Orden und Kongregationen (nicht zweckgebundene Zuschüsse)	421'714
Franziskanische Fördergelder (zweckgebundene Zuschüsse)	242'774
Hilfswerke und Stiftungen	525'576
Andere Spenden	269
Gesamteinnahmen	1'190'333

Ausgaben

Advocacy-Arbeit	687'608
Öffentlichkeitsarbeit, Animation und Fundraising	172'645
Verwaltung	227'329
Gesamtausgaben	1'087'579

Summe nichtoperativer Einnahmen und Ausgaben 21'652

Jahresergebnis 81'103



Helpen Sie Menschenrechte zu schützen

Franciscans International ist vollständig abhängig von Zuschüssen der franziskanischen Orden und Kongregationen und von Spenden von Institutionen und einzelnen Menschen, denen die franziskanischen Werte Solidarität, Frieden, soziale Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung am Herzen liegen. Tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei, uns beim Schutz der Menschenrechte zu unterstützen.

Schweizer Bankverbindung

Per Banküberweisung:

Kontoinhaber: Franciscans International / Adresse des Kontoinhabers: Rue de Vermont 37–39, CH-1202 Genève / Bankinstitut: UBS SA / Adresse: Route de Florissant 59, CH-1206 Genève / SWIFT / BIC: UBSWCHZH80A / Clearing-Nr. 240 / CHF-Konto: 240-357384.01F / IBAN: CH69 0024 0240 3573 8401 F / EUR-Konto: 240-357384.61W / IBAN: CH85 0024 0240 3573 8461 W

US-amerikanische Bankverbindung

Per Scheck zugunsten von: Franciscans International / 246 East 46th Street #1F / New York, NY / 10017-2937 / United States

Franciscans International ist eine eingetragene gemeinnützige Organisation. Spenden sind in der Schweiz, den USA und Deutschland steuerlich absetzbar. Für weitere Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten für unsere Arbeit wenden Sie sich bitte an: director@fiop.org.



© Franciscans International
Wandbild in der franziskanischen Schutzunterkunft La 72 in Mexiko

Dank an die Spenderinnen und Spender

Franciscans International möchte den franziskanischen Orden und Kongregationen sowie allen Einzelspendern aufrichtigen Dank für ihre Unterstützung für diese gemeinsame Aufgabe aussprechen. Auch den folgenden Hilfswerken danken wir für ihre großzügige Finanzierung im Jahr 2018: Adoff (Niederlande), Brot für die Welt (Deutschland), Commune de Carouge (Schweiz), Commune de Plan-les-Ouates (Schweiz), Fastenopfer (Schweiz), Franciscan Missions (USA), Franziskaner Mission (Deutschland), Misean Cara (Irland), Misereor (Deutschland), Missionszentrale der Franziskaner (Deutschland), Rose Marie Khoo Foundation (Singapur), Trócaire (Irland), Union That Nothing Be Lost (USA).

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Markus Heinze OFM

Geschäftsführer

Sandra Epal Ratjen

Leiterin der Advocacy-Arbeit/
stellvertretende FI-Geschäftsführerin

Ulises Quero

Amerika-Programmkoordinator

Enkeleda Papa

Afrika-Programmkoordinator

Budi Tjahjono

Asien-Pazifik-Programmkoordinator/
stellvertretender Leiter
der Advocacy-Arbeit

Lourdes Briones

Finanzbeauftragte

Cédric Chatelanat

Projektleiter

Thomas Kleinveld

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Marina El Khoury

Vertreterin bei den Vereinten Nationen
(New York)

Cécile Stone

Outreach-Assistentin/Freiwillige
(Genf)

Paolo Nicosia SA

Outreach-Assistent/Freiwilliger
(New York)

Internationaler Vorstand

Joseph Rozansky OFM

Vertreter der Franziskaner
(FI-Vorsitzender)

Joseph Blay OFMConv.

Vertreter der Franziskaner-Minoriten

James Donega, OFMCap.

Vertreter der Kapuziner

Kevin Queally TOR

Vertreter des
Regulierten Dritten Ordens

Clark Berge SSF

Vertreter der Anglikanischen Franziska-
nischen Gemeinschaft

Carla Casadei SFP

Vertreterin der Internationalen Franziska-
nischen Konferenz der Schwestern und
Brüder des Regulierten Dritten Ordens
(Schatzmeisterin)

Ruth Marcus OFS

Vertreterin der Franziskanischen
Gemeinschaft

Markus Heinze OFM

FI-Geschäftsführer

Unsere Vision

Eine Weltgemeinschaft, in der die Würde jedes Menschen geachtet wird, die Ressourcen gerecht geteilt werden, die Umwelt bewahrt wird sowie Nationen und Völker miteinander in Frieden leben

Unsere Mission

Franciscans International setzt sich bei den Vereinten Nationen für den Schutz der Menschenwürde und für Umweltgerechtigkeit ein und verfolgt dabei einen rechtebasierten Ansatz



Franciscans International
A voice at the United Nations

Genf:

37–39 rue de Vermont, P.O. Box 104, CH-1211 Genf 20, Schweiz,
T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@fiop.org

New York:

246 East 46th Street #1, New York, NY 10017–2937, USA,
T +1(917) 675 1075, newyork@fiop.org

www.franciscansinternational.org



Linked 